

Friedrich Merz: Neuer Kanzler mit scharfer Linie zur Migrationspolitik!

Friedrich Merz wurde am 8. Mai 2025 zum Bundeskanzler gewählt. Sein Fokus liegt auf Harte Migrationspolitik und deutsch-französischer Zusammenarbeit.



Aschaffenburg, Deutschland - Am 8. Mai 2025 wurde Friedrich Merz zum neuen Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Im zweiten Wahlgang konnte er 325 Ja-Stimmen auf sich vereinen, während 289 Abgeordnete gegen ihn stimmten und es eine Enthaltung gab. Der erste Wahlgang gestaltete sich jedoch weniger erfolgreich, da Merz mit 310 Ja-Stimmen die nötige Mehrheit von 316 Stimmen verfehlte. Trotz der gespaltenen Meinungen im Bundestag zollten die meisten Fraktionen dem neuen Kanzler Respekt, nur die AfD blieb ungerührt. Merz nutzte bereits seinen ersten Amtsbesuch, um nach Frankreich zu reisen und mit Präsident Emmanuel Macron zu sprechen.

Im Kontext der aktuellen politischen Landschaft äußerte Merz auf seinem Besuch in Polen, dass die deutsche Bundesregierung die Frage der Weltkriegs-Reparationen als rechtlich abgeschlossen betrachte. Dies geschah vor dem Hintergrund, dass Polen, angeführt von Präsident Donald Tusk, die deutsche Migrationspolitik und die angekündigten Grenzkontrollen scharf kritisierte. Hier verteidigte Merz entschieden die verschärfte migrationspolitische Linie Deutschlands. Zudem kündigte der neue Innenminister Alexander Dobrindt an, die Zahl der Zurückweisungen an den Grenzen erhöhen zu wollen.

Migrationspolitik im Fokus

Friedrich Merz plant, seine Vorschläge zur Migrationspolitik bereits vor der Wahl im Bundestag zur Abstimmung zu bringen. Er fordert die Zustimmung von SPD und Grünen zu härteren Maßnahmen, um sich von der AfD abzugrenzen. Merz sieht dabei seine Anträge als Reaktion auf einen Messerangriff mit zwei Toten in Aschaffenburg. Während die FDP-Fraktion seine Vorschläge unterstützt, erheben SPD und Grüne Vorwürfe, dass die Union gegen Verfassung und Europarecht verstoße.

Die Debatte um die Migrationspolitik zeigt, wie polarisiert die Meinungen sind. Eine Analyse der **DGAP** zeigt, dass die nächsten Jahre voraussichtlich von Kompromissen geprägt sein werden. Diese müssen frühzeitig erkannt werden, um migrationspolitische Veränderungen erfolgreich umzusetzen. Beispielhafte Themen, die diskutiert werden sollten, sind Binnengrenzkontrollen, Asylauslagerung und bilaterale Migrationsabkommen.

Blick in die Zukunft

Die Herausforderungen, die Merz und seine Regierung erwarten, sind vielschichtig und erfordern eine intensive Zusammenarbeit innerhalb der Koalition sowie mit internationalen Partnern. Der SPD-Chef Lars Klingbeil betonte die Notwendigkeit, sich auf die neuen Aufgaben der Regierung zu konzentrieren, während die

Linken-Vorsitzende Ines Schwerdtner eine stärkere Einbeziehung ihrer Partei in politische Entscheidungen forderte. In der ersten Kabinettsitzung unter Merz wurde zudem beschlossen, 25 Beauftragte der Bundesregierung zu streichen, was auf eine straffere Organisation schließen lässt.

Die Medienreaktionen auf Merz' Migrationspolitik sind gemischt. Während die **Frankfurter Allgemeine Zeitung** die Fragen zur Migrationspolitik nach einem möglichen Wahlsieg der Union aufwirft, weist das **Handelsblatt** darauf hin, dass Merz mobilisiert, jedoch die Grenzen der Barmherzigkeit außer Acht lässt. Eine Umfrage zeigt, dass 56% der SPD-Anhänger Merz' Vorhaben unterstützen, was die Dynamik der politischen Diskussion weiter beeinflussen könnte.

Details	
Vorfall	Wahlen
Ort	Aschaffenburg, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.op-online.de• www.stern.de• dgap.org

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de